

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Hans Böhler MdB zur Öffnung der DDR-Grenze und der Mauer in Berlin: Freude über ein historisches Ereignis.

Seite 1

Reinhold Hiller MdB zur Notwendigkeit, die Informationen aus dem anderen deutschen Staat zu erweitern: Empfang des DDR-Fernsehens bundesweit ermöglichen.

Seite 2

Lothar Klemm zum Erfordernis sachlicher und finanzieller Hilfe: Kommunen und Kreise bald handlungsunfähig.

Seite 3

Rolf Koltzsch MdB zur Diskussion des SPD-Grundsatzprogramms: Der Landwirtschaft eine Zukunft eröffnen.

Seite 4

Dokumentation:

Der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Dr. Hans-Jochen Vogel gab bei Bekanntwerden der Grenzöffnung der DDR am Donnerstagabend im Bundestag zu diesem historischen Vorgang eine Erklärung ab, die wir im Wortlaut wiedergeben.

Seite 6

44. Jahrgang / 217

10. November 1989

Freude über ein historisches Ereignis

Zur Öffnung der DDR-Grenze und der Mauer in Berlin

Von Hans Böhler MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Das Prädikat historisch sollte man nicht häufig verwenden. Aber was diese Nacht in Berlin geschah, war historisch. Der 9. November 1989 wird in die Geschichte der Deutschen eingehen. 28 Jahre steht das absurdeste Bauwerk Europas in Berlin. 28 Jahre mußte es unter Aufbietung größter Mühen durchlässiger gemacht werden.

Erst die DDR-Bürger selbst haben es geschafft, daß die Grenze geöffnet wird, wie es sich für zivilisierte Verhältnisse gehört.

Wir verlangen mit allem Nachdruck, daß die deutsch-deutsche Grenze und die Mauer endgültig verschwinden. Die Regelungen dieser Nacht und die Praxis der letzten Stunden können nicht mehr zurückgenommen werden. Das wäre ein Schlag ins Gesicht der Berliner, die zu Tausenden wieder nach Hause zurückgekehrt sind, auch wenn das in Ost-Berlin ist.

In der grenzenlosen Freude dürfen wir die Opfer der Grenze und der dafür verantwortlichen SED-Politik nicht vergessen. Ihnen gilt unser Gedenken und Andenken. (-/10.11.1989/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408-

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kennzeichnungs-
nummer des Rahmoffers
Rahmoffers-Presse



Empfang des DDR-Fernsehens bundesweit ermöglichen

Zur Notwendigkeit, die Informationen aus dem anderen deutschen Staat zu erweitern

Von Reinhold Hiller MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Die Entwicklungen in der DDR sind zur Zeit das beherrschende Thema in den Medien, nicht nur in der Bundesrepublik. Massendemonstrationen von 500.000 Menschen in Ostberlin und das Fernsehen der DDR überträgt live! In der Bundesrepublik hat aber nur ein kleiner Teil der Bevölkerung die Möglichkeit dies mitzerleben. Die anderen sind auf Informationen aus zweiter Hand angewiesen.

Rein technisch wäre es kein Problem, das DDR-Fernsehen in das Kabelnetz der Bundesrepublik einzuspeisen. Damit hätten auch Bundesbürger, die nicht an der Grenze zur DDR wohnen, die Chance, die Aktuelle Kamera oder die neuerdings übertragenen Diskussionen über die Probleme und die zukünftige Entwicklung der DDR direkt zu sehen. Auch die Möglichkeit das DDR-Fernsehen über Satellit auszustrahlen sollte geprüft werden.

Es sollten nicht nur die Veränderungen in den Medien der DDR und insbesondere im Fernsehen zu mehr Wahrheit und Meinungspluralismus gelobt werden. Man könnte hier in der Bundesrepublik die Meinungs- und Informationsvielfalt entscheidend bereichern. Fernsehprogramme wie 3 SAT sind zwar schon dazu übergegangen die Aktuelle Kamera zeitversetzt zu senden, aber ein Ersatz für einen eigenen Kanal kann dies nicht sein.

Leider sind alle Bemühungen bisher an der Bundesregierung gescheitert. Angesichts der aktuellen Entwicklung in der DDR ist die Forderung, das DDR-Fernsehen bundesweit auszustrahlen, überfällig.

(-/10.11.1989/vo-he/rs)

* * *

Kommunen und Kreise bald handlungsunfähig

Zum Erfordernis sachlicher und finanzieller Hilfe

Von Lothar Klemm
SPD-Landesgeschäftsführer in Hessen

Die hessische SPD fordert, Gemeinden, Städte und Kreise sachlich und finanziell zu stärken.

Städte, Kreise und Gemeinden können wichtige Zukunftsaufgaben nicht mehr lösen, wenn die finanzielle Ausstattung der Kommunen nicht grundsätzlich und nachhaltig verbessert wird. Heute werden in Hessen 60 Prozent des Finanzaufkommens der Kreise für Sozial- und Jugendhilfe aufgezehrt. Wir brauchen eine kommunale Finanzreform, sonst werden die Kommunen und Kreise handlungsunfähig.

- Die Veränderung in der Altersstruktur und veränderte Anspruchshaltungen erfordern neue Dienstleistungen, gerade im Sozialbereich. Wir brauchen neue Dienstleistungszentren und die Stärkung der ambulanten Versorgung für ältere Menschen. Wir brauchen aber auch bessere Angebote im Hortbereich und in der ganztägigen Betreuung in Kindergärten und Schulen.
- In den Ballungsräumen herrscht Wohnungsnot. Die Kommunen müssen aktiv in die Wohnungspolitik eingreifen. Das können sie nur dann, wenn endlich Bund und Land den Wohnungsbau mit finanziellen Hilfen wirksam unterstützen.
- Die Zerstörung der Umwelt nimmt weiter zu. Klimakatastrophe, Altlasten, Trinkwasserverschmutzung sind Stichworte. Die Kommunen müssen hier im Rahmen ihrer Möglichkeit gegensteuern.
- Eine kostengünstige und humane Krankenversorgung muß sichergestellt werden. Der Krankentransport und der Rettungsdienst in Hessen muß gesundheitlich sicher und bezahlbar bleiben.
- Die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen im ländlichen Raum erfordert Ausbau und Erhalten des öffentlichen Personennahverkehrs in der Fläche. Neuartige Verkehrsangebote wie Bürgerbusse, Anrufsammeltaxis, Linientaxis sind in Zukunft immer mehr gefragt.

Die Bürgerinnen und Bürger spüren den wachsenden Problemdruck am deutlichsten in ihren Wohnorten. Die Gemeinden brauchen endlich die notwendige finanzielle Ausstattung, damit Probleme nicht nur beredet, sondern gelöst werden.

(-/10.11.1989/vo-he/rs)

* * *

Der Landwirtschaft eine Zukunft eröffnen

Das Bremer Grundsatzprogramm und die deutsche Bauern

Von Rolf Koltzsch MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten

Die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft ist inzwischen zum Markenzeichen sozialdemokratischer Zukunftspolitik geworden. Dabei steht in der öffentlichen Diskussion das Thema Energie im Mittelpunkt. Aber genau mit dieser Erneuerung hat auch unsere Landwirtschaft sehr viel zu tun. Sie spielt darum im Entwurf für das neue (sechste) Grundsatzprogramm der SPD eine wichtige Rolle, das auf dem Bremer Bundesparteitag am 19. und 20. Dezember verabschiedet werden soll. Und da dieses Programm die Richtung der Sozialdemokratie bis in das nächste Jahrtausend anzeigt, ist es wichtig, die Programm-Aussagen zum Thema Landwirtschaft fest im Auge zu haben:

Die Agrarpolitik wird verständlicherweise vor allem unter dem Stichwort der ökologischen Erneuerung berücksichtigt, die zur Frage des Überlebens geworden ist: „Auf Dauer ist nichts ökonomisch vernünftig, was ökologisch unvernünftig ist. Ökologie ist kein Zusatz zur Ökonomie, sondern eine Dimension verantwortlichen Handelns.“ Es versteht sich von selbst, daß dieser Grundsatz auch für die sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik gilt, die am bäuerlichen Familienbetrieb festhält und ihn sichern will - zumal er auch ökologisch eine angemessene Betriebsform ist:

„Wir werden durch flächenbezogene Obergrenzen für den Viehbestand unsere Bauern vor der Massentierhaltung der Agro-Industrie schützen. Naturgerechte Landwirtschaft muß sich lohnen. Auch bei Nahrungsmitteln soll künftig Qualität vor Quantität gehen. Die Chance gesunder Ernährung muß für alle gewährleistet sein.“

Das sind eindeutige Aussagen, die den Bauern Zukunft eröffnen - zumal es außerdem heißt: „Unsere Landwirte müssen von dem ökonomischen Zwang befreit werden, durch den übermäßigen Einsatz von Chemie unverkäufliche Überschüsse zu produzieren, ihre Böden zu überfordern, Luft und Grundwasser zu belasten. Deshalb wollen wir ihnen die Pflege von Natur und Landschaft gesondert entgelten. Dafür wollen wir bei landwirtschaftlichen Produkten die Preisbindung mehr dem Markt überlassen. Intensivierung der Bodennutzung soll sich weder lohnen noch nötig sein.“

Solche programmatischen Feststellungen machen deutlich, daß die Bauern auch in Zukunft in der SPD einen verlässlichen Partner haben. Nicht nebulöse Versprechungen sind unsere Antwort auf die verständlicherweise tiefsitzende Verunsicherung unserer Landwirte, sondern klare Richtungsanzeigen. Dazu zählen auch das klare Bekenntnis zum Vorrang des öffentlichen Nahverkehrs, der nicht zuletzt dem ländlichen Raum nutzt, die mit allen europäischen Staaten angestrebte gemeinsame Geschwindigkeitsbegrenzung sowie eine neue Raumplanung, von der es im Programm-Entwurf heißt: „Raumplanung muß den Verbrauch von Landschaft rasch verringern, gleichzeitig ökologisch gefährliche Verdichtung vermeiden. Restaurierung, Erhaltung und Umbau gehen vor Neubau. Umweltfreundliches Bauen ist zu fördern.“

Klar ist auch die Aussage des neuen Programmes zur Europäischen Gemeinschaft, die von der Sozialdemokratie bejaht wird: Durch eine grundlegende Reform ihrer Agrarpolitik muß die Gemeinschaft die natürlichen Lebensgrundlagen schützen, die Verbraucherinteressen und die bäuerliche Landwirtschaft sichern. Ausführlich geht das neue Programm auch auf die Probleme der Dritten Welt ein. Dazu wird unter anderem festgestellt:

„Alle Länder des Südens müssen endlich die Chance haben, sich selbst zu ernähren, ihre natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen oder wiederherzustellen, die ihnen gemäße Form von Landwirtschaft und Energieversorgung, Gesundheitswesen und sozialer Sicherung zu finden...“

Dieser Blick in das neue Grundsatzprogramm zeigt: Die Interessen der Bauern sind bei der SPD auch in Zukunft gut aufgehoben. Das gilt auch für die anderen Forderungen nach einer gerechten und demokratischen Gesellschaft, die den Bauer wie jeden anderen Bürger betreffen. Und so heißt es zum Schluß:

„Wir versprechen nicht das Paradies auf Erden. Aber gemeinsam können wir Gefahr abwehren, Risiken mindern und eine neue, bessere Ordnung erreichen... Unser Programm läßt sich nur im kritischen Dialog verwirklichen. Wir rufen alle, die uns dabei helfen wollen, auf, die Sozialdemokratische Partei Deutschland durch ihre Mitarbeit, ihre Solidarität, ihre Kritik und ihre Phantasie anzuspornen und zu stärken.“

Deshalb sind auch die Landwirte herzlich eingeladen, uns bei unserem Bemühen um die Sicherheit des bäuerlichen Familienbetriebes und die Zukunft der ländlichen Region zu unterstützen.

(-/10.11.1989/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Hans-Jochen Vogel: Nach 28 Jahren hat die Mauer ihre Funktion verloren

Der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Dr. Hans-Jochen Vogel erklärte am Donnerstag abend zu der von der DDR mitgeteilten Grenzöffnung vor dem Deutschen Bundestag:

Wir begrüßen die Entscheidung, die von der DDR-Führung heute getroffen worden ist. Die Einzelheiten bedürfen noch der Prüfung. Aber schon jetzt steht fest: Diese Entscheidung bedeutet, daß die Mauer nach 28 Jahren ihre Funktion verloren hat. Sie werden verstehen, daß mein Blick sich in diesem Augenblick auf Willy Brandt, den Regierenden Bürgermeister von Berlin, an dem Tag, dem 13. August 1961 richtet, an dem dieses inhumane Bauwerk entstanden ist. Die Entscheidung bedeutet weiter, daß wir der Freizügigkeit in Deutschland ein wesentliches Stück näher gekommen sind. Sie bedeutet aber auch, daß die neuen Männer in Ost-Berlin offenbar ihren Ankündigungen und Worten Taten folgen lassen.

Das verstärkt unsere Erwartung und unsere Hoffnung, daß auch die anderen Forderungen, insbesondere die Forderung nach freien Wahlen in der DDR bald erfüllt werden. Die Einrichtung eines Runden Tisches, wie er in Polen und in Ungarn den Übergang zu mehr Freiheit und Demokratie ermöglicht hat, ist jetzt auch dort die Hoffnung der Menschen.

Das Ende der Mauer, das sich damit abzeichnet, ist ein bewegendes Ereignis. Wir sollten in diesem Moment unsere Entschlossenheit zum Ausdruck geben, Auseinandersetzungen, die sonst geführt werden müssen, zurückzustellen und gemeinsam eine große Anstrengung zu unternehmen, damit die Menschen, die in der DDR zu Hause sind, dort zu Hause bleiben können und sich einsetzen und engagieren für die Veränderung ihrer Situation.

Der bewegende Appell von Christa Wolf vom gestrigen Abend hat damit eine konstruktive Antwort gefunden. Wir respektieren auch die Entscheidung derer, die zu uns kommen. Sie machen von einem verbrieften Grundrecht Gebrauch. Aber wir bitten sie zu überlegen, ob jetzt nicht die Hoffnung für die Zukunft in der DDR stärker geworden ist.

(-/10.11.1989/vo-he/rs)

* * *